

Bekleidungsgewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes
und des Berufsverbandes christlicher Futurarbeiter.

Nr. 8

Erscheint alle 14 Tage. Zu beziehen durch die Geschäftsstelle. Preis 1.— Mf für das Bezugsjahr.

Köln, den 10. April 1926.
Geschäftsstelle Denloerwall 9. Fernruf West 57 259

Redaktionsbüro Montags vor dem Erscheinungstage. Inseratannahme durch die Geschäftsstelle. Preis nach Vereinbarung.

23. Jahrg.

Die Lage der deutschen Arbeiterschaft einst und jetzt.

1.
Apokalypse ziehen durch das Land und predigen der Arbeiterschaft eine „neue“ Lehre. Sie kommen aus den verschiedensten Lagern: Kommunisten, Anhänger der sogenannten „Christlichen Volksgemeinschaft“ und „Selbe“ sind darunter. Arbeitgeber und Nichtorganisierte sekundieren ihnen. Was predigen diese Leute? — Der Arbeiterschaft geht es so schlecht, wie nie zuvor! Sie ist von Gott und aller Welt verlassen. In Sklaven der Arbeit sind die Arbeiter geworden. Die Gewerkschaften sind an allem schuld. Sie, bezw. ihre Führer haben die Arbeiter verraten und verkauft. Deshalb heraus aus den Gewerkschaften! Hinweg mit den Gewerkschaftsführern!

So oder so ähnlich klingen die Töne. Eigenartig! So verschieden auch die Herkunft und die geistige Verfassung dieser Prediger ist, Töne und Schlussfolgerungen sind die gleichen. Und die Schlussfolgerungen? — Arbeitgeber, denen die Gewerkschaftsbewegung ein Dorn im Auge ist, weil sie ihnen ihren Profit schmälern könnte. Unorganisierte, denen die Gewerkschaften lästige Mahner sind, weil sie Solidarität, Opfer Sinn und Gemeinschaftsgeist fordern, sie alle sind begeisterte Anhänger dieser „neuen“ Lehre. Das muß schon bestimmen. Doch prüfen wir einmal ganz objektiv, wie denn die wirtschaftliche, soziale, gesellschaftliche, politische und kulturelle Lage der deutschen Arbeiterschaft einst war und wie sie jetzt ist.

Die deutsche Arbeiterschaft ist als Volksschicht erst etwa 90 Jahre alt; die Arbeiterbewegung sogar noch einige Jahrzehnte jünger. In dieser unverhältnismäßig kurzen Zeitspanne hat die Arbeiterschaft einen Aufstieg genommen, zu dem Bürger und Bauern Jahrhunderte gebraucht haben. Wir wollen dies im einzelnen beweisen.

Früher war uns zunächst, wie die Lage der Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht war, als die Arbeiterschaft aufkam, in den Jahren 1840 bis 1880. Zu der Zeit war die Arbeiterschaft äußerlich größtenteils verclumpet, roh und geistig stumpf. Sie war Produzent, hatte aber wirtschaftlich nichts zu sagen. Der wirtschaftliche Liberalismus beherrschte das Feld. Es war jene Geistesrichtung, die dem vollständig freien Spiel der Kräfte das Wort redete. Ihm entsproß das Wirtschaftssystem des Kapitalismus, das auf den schrankenlosen Erwerbstrieb des einzelnen sich gründet. Dieser Wirtschaftssystem forderte volle Betätigungsfreiheit

und höchste Anspannung aller Möglichkeiten der Werteschaffung durch Organisation und Technik. Das Bestehen einer besonderen Arbeiterfrage wurde gesehnet. Dem Kapitalismus galt der Arbeiter nicht als Mensch, für den die Wirtschaft da ist, sondern als Produktionsmittel. Die Unternehmer schalteten und wälzten mit größter Willkür mit den ihnen zur Verfügung stehenden menschlichen Arbeitskräften. Dementsprechend war auch das Los der Arbeiterschaft. Keuchert geringer Lohn, übermäßig lange Arbeitszeit, schlechte Behandlung, das waren die Kennzeichen dieser Zeit für die gesamte Arbeiterschaft.

Lebhaft werden wir an die damaligen Zustände erinnert, wenn wir die Berichte lesen, die Ende des letzten Jahres aus Japan über die dortigen Arbeitsverhältnisse nach hier kamen. In einem dieser Berichte heißt es:

„Die mächtige Fuji-Kompagnie und ihre Konkurrenten veranstalten unter den patriarchalischen Bauernfamilien eine organisierte Menschenjagd mit Sklavereikontrakten. Die Bauern nehmen von den Agenten gern Geldvorschüsse, um ihre Backschulden abzustoßen, und vermieten dafür ihre Töchter. Gegen eine Summe von vielleicht 80 Yen (etwa 150 M.) legen die Gesellschaften für Jahre ihre Faust auf das willige Ausbeutungsobjekt.“

In Kawasaki gewähren die Gesellschaften den Mädchen einen Tagelohn von durchschnittlich 45 Sen (etwa 85 Pf.); aus diesem winzigen Lohn haben die Mädchen etwa 35 Sen täglich für Essen und Wohnung zurückzahlen, außerdem einen halben Tagelohn monatlich für einen von der Gesellschaft verwalteten „Versicherungsfonds“. Der Rest dient zur allmählichen Tilgung des an den Vater gewährten Darlehens. Auf diese Weise dauert es zwei bis drei Jahre, bis ein Darlehen von 150 M. abgearbeitet ist.

Während dieser Zeit leben die Mädchen, deren Alter von 12 bis 20 Jahre beträgt, als Gefangene in den Schlafhäusern der Gesellschaft. Sie werden 4.30 Uhr morgens vom Lager getrieben und stehen von 6 Uhr ab an den Maschinen. Um 9 Uhr ist eine viertelstündige, um 12 Uhr eine halbstündige, um 3 Uhr wieder eine viertelstündige Pause eingeschoben. In ruhigen Zeiten endet die Arbeitszeit um 6 Uhr, während der Perioden harter Beschäftigung behält sie sich bis in den späten Abend aus. Aus einem Berichte von Hoshijata Shunzo, dem Direktor der japanischen Gewerbeinspektion, geht hervor, daß 610 000 Arbeiter in den Schlafhäusern der japanischen Industrie gefangen gehalten werden und daß mehr als die Hälfte von ihnen durch das „Kontrakt-System“ „rekrutiert“ wird.“

Beständige Zustände herrschten auch in England zu Beginn der Industrialisierung dieses Landes. Die industrielle Entwicklung in

Deutschland hat einige Jahrzehnte später eingeleitet als in England. Manche besonders trassen Zustände sind uns deshalb dank frühzeitigen Eingreifens des Staates erspart geblieben. Preußen schuf bekanntlich bereits im Jahre 1839 das 1. Arbeiterschutzgesetz, das dem Kinderschutz galt. In dem Gesetz wurde bestimmt, daß die industrielle Beschäftigung von Kindern unter neun Jahren verboten sei. Schon die Tatsache, daß ein solches Gesetz notwendig war, beweist, wie schlecht die damaligen Verhältnisse für die Arbeiter waren, denn aus Mitleid haben die Eltern ihre Kinder sicher nicht in so frühem Alter in die Fabriken geschickt.

Lassen wir uns doch einmal bei Gelegenheit von älteren Arbeitern erzählen, wie die Lebenslage der Arbeiter in den sechziger bis achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts war. Die Schilderung der damaligen Zustände klingt uns heute fast als ein Märchen. Und doch liegt diese Zeit erst ein Menschenalter zurück. Glauben wir ja nicht, daß diese Zustände von selbst geändert wurden. Wäre das richtig, so würden die heutigen Zustände in China und Japan und manchen anderen Ländern, wo man noch keine einflußreiche Arbeiterbewegung kennt, doch auch nicht mehr möglich sein.

Die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter sind zweifellos wesentlich besser als vor 50 Jahren. Wir sind wirtschaftlich so weit, daß der Arbeiter durchweg an Wohnung, Kleidung und Nahrung das Nötige hat. Ausnahmen gibt es natürlich noch, doch sind diese zum Glück sehr selten geworden. Die wirtschaftliche Sicherheit ist größer als früher durch die Sozialversicherung, besonders durch die Erwerbslosenfürsorge und die Krankenversicherung. Auch der wirtschaftliche Gesamteinfluß ist gestiegen. Wir haben die Gewerkschaften, die sich ungehindert entfalten und ihren Einfluß im Wirtschaftsleben ausüben können, unsere Vertretungen in den Parlamenten, das Betriebsrätegesetz und manches andere. Das will nicht besagen, daß wir mit unserem wirtschaftlichen Einfluß zufrieden sein müssen. Unser Einfluß soll noch wachsen. Besser wäre es jedoch, wenn die gegenwärtige gedrückte wirtschaftliche Lage uns blind machen würde für den Aufstieg der Arbeiterschaft in den vergangenen Jahrzehnten.

Wie war die Stellung der Arbeiterschaft in sozialer Hinsicht früher und wie ist sie heute? Früher, noch bis zu Ende des letzten Jahrhunderts, war das Arbeitsverhältnis ungeregelt. Die Arbeitgeber bestimmten einseitig den Lohn, die Arbeitszeit, den ganzen Inhalt des Arbeitsvertrages. Bezahlten Urlaub kannte man überhaupt nicht.

Der Lohn war starken Schwankungen unterworfen. Im Bekleidungsgerber war es allgemein üblich, daß Saisonlöhne und Löhne für die stille Zeit verschieden waren. Wochenlöhne wurden oft in der stillen Zeit auf die Hälfte gekürzt, obwohl die Arbeitskraft der Gehilfen voll ausgenutzt wurde. Bei Stücklöhnen war es nicht viel besser. Ueberstundenbezahlung war eine Seltenheit, und wenn in einzelnen Fällen Ueberstunden bezahlt wurden, dann fast nie mit einem Zuschlag. Nacht- und Sonntagsarbeit war in der Saison die Regel. Wer sich dem nicht fügte, der mußte damit rechnen, daß er nach der Saison auf die Straße flog.

Das Logiewesen, das früher insbesondere in Kleinstädten und bei Kleinmeistern vorherrschte, brachte manchen Uebelstand mit sich. Es war selten, daß jeder Geselle ein eigenes Bett bekam. Reisens mußten zwei Personen in einem Bett schlafen, nicht selten vier und mehr Personen in einer Dachkammer. Die schädlichen Folgen dieser Zustände in bezug auf Uebertragung von Krankheiten und auf die Gesundheit überhaupt seien hier nur angedeutet. Die hygienischen Verhältnisse der Arbeitsräume waren ebenfalls durchweg schlecht.

Heute haben wir doch allgemein eine rechtliche Regelung des Arbeitsverhältnisses, ein Verbot der industriellen Kinderarbeit, einen — wenn auch noch verbesserungsbedürftigen — Frauenschutz im Berufsleben. Wir haben das freie Koalitionsrecht. Bis zum Jahre 1869 bestanden Koalitionsverbote. Diese wurden im Jahre 1869 durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes aufgehoben. Noch aber konnten sich die Arbeiterkoalitionen nicht völlig frei entfalten. Dem stand der § 165 der Gewerbeordnung entgegen. Er fiel im Jahre 1917. Heute ist das Koalitionsrecht der Arbeiter in der Reichsverfassung gewährleistet. „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet“, so heißt es im Artikel 159.

Die Arbeitszeit ist gesetzlich geregelt. Sie ist bei weitem nicht mehr so ausgedehnt als vor Jahrzehnten. Die Gewerkschaften sorgen heute dafür, daß der Arbeitsvertrag bestimmte Normen bekommt. Sie schließen Tarifverträge ab, deren normativen Bestimmungen in die Arbeitsverträge übergehen. Die Arbeiter haben rechtlichen Anspruch auf das, was der Tarifvertrag vorschreibt. Wer will behaupten, daß darin nicht ein ganz gewaltiger Fortschritt gegenüber den früheren Verhältnissen liegt? Gerade das Bekleidungsgerber hat sein Tarifvertragswesen gut entwickelt. Tarifverträge bestehen für alle Branchen, in denen die Gehilfenschaft organisiert ist. Durch die Tarifverträge sind namhafte Vorteile für die Gehilfen erzielt worden. Man vergleiche nur die Löhne, wie sie vor Schaffung der Tarifverträge bestanden, mit den heutigen, oder wenn man nicht soweit zurückgreifen will, die jetzigen Löhne mit den Löhnen der Vorkriegszeit. Im letzterem Falle muß man berücksichtigen, daß auch schon bis zum Ausbruch des Krieges erhebliche Erfolge erzielt waren. Bei Aufmachung solcher Berechnungen ist die Behauptung, die Gewerkschaften hätten nichts geleistet, eine bare Unmöglichkeit oder sie wird wider besseres Wissen aufgestellt.

Erwähnt sei dann noch der Entlassungsschutz, der im Betriebsrätegesetz — wenn auch noch dürftig — gegeben ist. Auch die Versicherung der Arbeiter gegen Unfall, Invalidität, Krank-

heit und Erwerbslosigkeit fällt in das Gebiet der sozialen Besserstellung der Arbeiterschaft. Es gibt heute eine Arbeiterfrage! Das System des wirtschaftlichen Liberalismus ist weitgehend durchbrochen. Die Arbeiterschaft ist nicht mehr der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Ihr Mitbestimmungsrecht könnte noch weit stärker sein, wenn die Arbeiter von den ihnen zustehenden Rechten vollen Gebrauch machen würden.

Hierüber und über die gesellschaftliche, politische und kulturelle Lage der Arbeitnehmer in einem zweiten Artikel.

Wirtschaftsentwicklung und Lohnarbeiterstand.

III.

Die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahrhunderts hat der Lohnarbeiterschaft zweifellos sehr viele Nachteile gebracht. Um uns darüber klar zu werden, betrachten wir uns nur die Einflüsse der neuen Wirtschaftsentwicklung auf das Arbeitsverhältnis. Der Lohnarbeiter ist zum beschlossenen Proletariat geworden. Früher konnte jeder, der sein Handwerk gut gelernt hatte, selbständiger Gewerbetreibender werden. Die Gesellschaft war nur eine vorübergehende, eine Vorbereitung auf den Meisterberuf.

Der Handwerksmeister stellte für seine Produktion die Rohmaterialien, Werkstoffe und Werkzeuge. Er war also Besitzer der Produktionsmittel. Die erstellte Ware, das Produkt seiner Arbeit, war sein Eigentum. Kurzum, jeder hatte wenigstens ein kleines Besitztum. Bei Fleiß und Geschicklichkeit konnten viele Handwerksmeister wohlhabend werden. Der frühere Handwerksmeister war Besitzer von Kapitalien, der Produktionsmittel und Arbeiter zu gleicher Zeit.

Bei unserer heutigen Wirtschaftsform braucht der Arbeiter keine Rohmaterialien, keine Werkzeuge und keine Werkstoffe mehr zu besitzen. Das alles wird ihm vom Besitzer des Kapitals, vom Arbeitgeber gestellt. (Abweichungen hiervon, die in dem einen oder anderen Berufe in geringem Maße üblich sind, spielen bei dieser Betrachtung nur eine untergeordnete Rolle.) Der Arbeiter ist darum heute auch nicht mehr der Verfügungsberichtigte über die Gegenstände, die er herstellt. Das ist der Arbeitgeber. Der Arbeiter stellt nur noch seine Arbeitskraft und empfängt dafür Lohn. Kapital und Arbeit sind also getrennt. Aussicht auf wirtschaftliche Selbständigkeit besitzt der Arbeiter kaum noch.

Die heutige Wirtschaftsform verlangt durchweg die Produktion in großen. Damit verbunden sind: Masseneinkauf der Rohmaterialien, große Arbeits- und Lagerräume, teure Maschinen und viele Arbeitskräfte. Vorbedingung zur Ausübung einer solchen Produktion ist Kapital. Ein technisch gut eingerichteter Großbetrieb ist zweifellos viel leistungsfähiger als ein Kleinbetrieb. Wer einen solchen Betrieb errichten kann, ist in der Lage, auch den geschicktesten Kleinmeister niederzukonkurrieren. Darum war man auch im Handwerk gezwungen, sich den modernen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Wielach sind die Grenzen zwischen Handwerk und Industrie sehr stark verwischt. Auch der handwerksmäßige Betrieb eines Gewerbes erfordert heute viel Kapital. Das aber fehlt dem Arbeiter. Deshalb hat er auch sehr wenig Aussicht auf Selbständigkeit. Die Zahl der Kleinbetriebe sinkt andauernd, während die Zahl der Großbetriebe dauernd wächst. Auch daraus ist erkennbar, daß die Aussicht auf Selbständigkeit für den Arbeiter und Gehilfen immer mehr schwindet.

Früher rekrutierten sich Meister und Gesellen aus derselben Klasse. Sie bildeten zusammen einen Stand. Darum konnte

man mit Recht sagen, daß der Meister der weisere Mann der Patriarch (Water) des Gesellen war und der Geselle der Jüngling des Meisters. Ein Blick in das heutige Wirtschaftsleben belehrt uns, daß solche Verhältnisse heute eine glatte Unmöglichkeit sind. Man kann heute kaum noch von Meister und Gesellen reden. In der Regel trifft man mit dem Ausdruck „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ das Richtige. Die Arbeitgeber rekrutieren sich in den meisten Fällen aus dem Bürgertum und den wohlhabenden Ständen. Die Arbeitnehmer bilden eine eigene Schicht, die der Lohnarbeiter. Die Lohnarbeiter schließen sich mit Recht in eigenen Organisationen zusammen. Das ist schon deshalb notwendig, weil die Lohnarbeiter infolge der wirtschaftlichen Entwicklung sonst den Arbeitgebern schutzlos preisgegeben wären.

Wir deuteten schon an, daß der Geselle unter der Herrschaft der Zünfte einen weitgehenden Schutz genoss. Den Meistern war von den Zünften vorgeschrieben, wie der Lohn sein sollte. Es gab ferner Bestimmungen über die Behandlung der Gesellen. Heute steht der Arbeiter schutzlos da, wenn ihm nicht seine Organisation Schutz gewährt. In enger Beziehung hat wohl der Staat Schutzgesetze für die Arbeiter erlassen. Für das einzelne Arbeitsverhältnis ist dies jedoch betriebsbedeutungslos. Der Arbeitsvertrag soll nach der Auffassung der Gesetzgeber Gegenstand freier Uebereinkunft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein. Er ist es in Wirklichkeit aber nicht, wenn der Arbeiter faktisch dasteht. Der Arbeitgeber ist im Wirtschaftskampfe immer der Stärkere. Es ist ihm leicht, dem einzelnen Arbeitnehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach eigenem Gutdünken zu diktieren. Darum das ungeliebte Abhängigkeitsverhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber, so lange nicht ein Tarifvertrag den Arbeitsvertrag regelt.

Der Arbeitnehmer ist heute auch viel mehr als der frühere Geselle in seiner Freizügigkeit beschränkt. Weil der Großbetrieb vorherrscht, ist die Zahl der Betriebe im Verhältnis zu früher kleiner. Insbesondere können verheiratete Arbeitnehmer nicht mehr Gutdünken ihr Arbeitsverhältnis wechseln. Sie sind vielfach auf einige wenige Betriebe angewiesen. Die Schattenseiten, die daraus für den Arbeitnehmer entstehen, brauchen wir nicht im einzelnen auszumalen. Die Abhängigkeit des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber wird um so größer und um so verhängnisvoller, je größer die Zahl der Arbeiter ist, die zur Verfügung steht. Die Auslese der Arbeiter braucht nicht mehr in dem Maße vor sich zu gehen wie früher. Die Arbeitsverteilung sorgt dafür, daß schließlich jede Arbeitskraft in den Betrieben gebraucht werden kann. Die Einstellung der Maschine in den Dienst der Produktion hat es ferner möglich gemacht, daß auch die Arbeitskraft der Frau bei der Erzeugung der Güter herangezogen werden kann. Das ist auch im großen Umfange geschehen. Auch aus diesem Grunde ein starkes Mehrangebot von Arbeitskraft.

Alle diese Umstände in der wirtschaftlichen Entwicklung machten die Arbeitnehmer unfreier, abhängiger vom Arbeitgeber. Die Arbeitgeber des letzten Jahrhunderts haben diese für sie günstigen Verhältnisse in weitem Maße benutzt, die Arbeiterschaft zu knechten, insbesondere in der Zeit, als die Gewerkschaftsbewegung noch einflußlos war. Ueber lange Arbeitszeit, in gesundheitslichen Beziehungen schlechte Arbeitsstätten, geringer Lohn, selbst politische und gesellschaftliche Bevormundung der Arbeiter waren die Merkmale dieser Zeit. Eine geistig und sittlich tiefstehende Arbeiterschaft war die Folge dieser Zustände. Die Geschichte gibt leider nur zu viele Beispiele hiervon. Wir finden sie heute noch überall dort, wo die Arbeiterschaft den Weg zur Organisation noch nicht gefunden hat.

Die Bestrebungen der Arbeitgeber in bezug auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeits-

bedingungen während der gegenwärtigen Wirtschaftskrise erinnern lebhaft an die Zeiten vor zwanzig und mehr Jahren. Die Einstellung der Arbeitgeber zum Arbeiter ist durchweg die gleiche geblieben. Es zeigt sich jetzt mit aller Deutlichkeit, daß die sozialen Verbesserungen für die Arbeiterschaft von den Arbeitgebern nicht aus der innersten Erkenntnis heraus gegeben wurden, daß der Arbeiter ein Anrecht darauf hat. Die Arbeitgeber haben die Verbesserungen zugestanden, weil die Arbeiter infolge ihres Zusammenschlusses eine Macht bildeten, mit der gerechnet werden mußte. Heute, nachdem die Arbeitgeber glauben, die Arbeiterschaft infolge der langen Arbeitslosigkeit müde zu haben, zeigen sie wieder ihr wahres Gesicht.

Die Verhältnisse aus dem Mittelalter sind, wie wir gesehen haben, nicht auf die heutige Zeit zu übertragen. Richtig ist jedoch, daß die Arbeitnehmerschaft teilnimmt an den Erregenschaften der neuen Zeit. Die Fortschritte im kulturellen Leben können nicht einem Stand und einer Gesellschaftsschicht reserviert bleiben. Auch die Arbeiterschaft ist ein Teil der Wirtschaft! Sie schafft fortlaufend mit ihrer Hände Arbeit neue Werte für die Gesellschaft. Es wäre Unrecht, wenn sie nicht teilhaben sollte an den Gütern, die sie selbst schafft. Darum hat sich die Gewerkschaftsbewegung zum Ziele gesetzt, kraft ihrer Macht, die ihr durch den Zusammenschluß der Lohnarbeiter erwächst, den Aufstieg der Arbeiterschaft zu einer höheren Kultur, zu freierem Menschentum und zur gesellschaftlichen und politischen Gleichstellung mit den anderen Schichten des Volkes zu erringen. Sie wird diese Aufgabe um so eher und um so besser erfüllen können, als die Arbeitnehmer selbst aus den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen lernen und reslos die Vertretung ihrer Belange den Gewerkschaften anvertrauen.

Ein gutes Stück des Weges zum Aufstieg der Arbeiterschaft ist schon zurückgelegt. Ausführungen hierzu finden unsere Leser im Leitartikel dieser und der folgenden Nummer unserer Zeitung. Doch ist das Ziel noch nicht erreicht. An uns liegt es, so zu arbeiten, daß die Arbeiterschaft als neue Volksschicht recht bald als gleichberechtigter Stand eingeordnet wird in die Gesellschaft. Die Erreichung dieses Zieles kann und muß das Werk der organisierten Arbeiterschaft sein.

Wie kann die wirtschaftliche Lage gebessert werden?

Berufene und Auserufene beschäftigen sich heute mit dieser Frage. Und sonderbar! Woher auch die Stimmen kommen mögen, — ob aus der Industrie oder aus dem Handwerk — alle klagen aus in der Forderung: Die Löhne müssen gesenkt werden! Eine Ausnahme macht in letzter Zeit der Handel. Er scheint dahinter gekommen zu sein, daß mit der Schwächung der Kaufkraft der Konsumenten ihm nicht gedient sein kann. Also wenigstens ein Wirtschaftszweig, der umgelernt hat! Nur wird noch vergessen, die Fehler zu beseitigen, die sich im Handel selbst eingebürgert haben. Darüber haben wir schon des öfteren geschrieben.

Zu Nummer 10 der „Kundschau“ für das Schneidergewerbe beschäftigt sich ein Herr H. Bachmann mit dem Problem. Nicht sehr glücklich! Manches, was er zu den jetzigen Ursachen der Krise sagt, entspricht nicht unserer Auffassung. Doch darüber wollen wir uns mit ihm nicht auseinandersetzen, obwohl zu bedenken ist, daß durch falsche Darstellungen der Möglichkeit unserer Wirtschaft — namentlich in bezug auf den Außenhandel — die Köpfe noch mehr verwirrt werden. Bachmann behandelt — wie viele vor ihm — auch das Lohnproblem. Dazu schreibt er u. a.:

„Mit Preislenkungsaktionen ist nichts Wirkames auszurichten. Zumal dann nicht, wenn man einen so wichtigen Preisfaktor, wie die Löhne, weiter steigen läßt. Das aber ist die vertehrte Basis der Realwerta-

insbesondere des Arbeitsministeriums. Sie arbeitet der Heilung, der Besserung der wirtschaftlichen Lage gerade entgegen, die nur durch Beseitigung aller erreicht werden kann. Nirgends aber soll der Anfang gemacht werden. Es ist freilich möglich, die Löhne zu erhöhen, weil die Preise steigen, und dann müssen automatisch die Preise steigen, weil die Löhne höher geworden sind. Aber dabei werden es immer weniger, die die erhöhten Löhne bekommen und wirklich imstande sind, die erhöhten Preise zu zahlen. Immer größer aber wird die Zahl der Betriebe und ihrer Arbeiter, die wirtschaftlich nicht mehr mitsommen, die stillgelegt und arbeitslos werden. Die Konsumkraft der gesamten Bevölkerung, die Beschäftigungsmöglichkeit der Wirtschaft wird immer kleiner.

Am allermeisten aber sollten das die Gewerkschaften bedenken. Bevor sie zu Macht und rechtlicher Anerkennung kamen, hat die Wirtschaft auch gegen diese Entwicklung ein Heilmittel gehabt. Das Heer der Arbeitslosen hat auf die Löhne gedrückt und damit allmählich wieder allen, freilich schlechter entlohnte Arbeit verschafft. Ist genug mag der Drang unorganisierten Massen nach Arbeit dabei ihre Löhne mehr herabgedrückt haben als zur Gesundung der Wirtschaft notwendig war. Kein Einkäufer wird daher die Rückkehr solcher Zustände herbeiwünschen. Voraussetzung ist aber, daß die Verbände der Arbeitnehmer bei ihren Lohnforderungen und ihrer Tarifpolitik nicht nur an die denken, die in Arbeit stehen, und die Sorge für die anderen, die Arbeitslosen, für die beschäftigungslosen Betriebe dem Staat, der Arbeitslosenunterstützung überlassen.“

Das alte Lied mit etwas modernisierter Melodie! Alle sollen Selbstbeschäftigung üben. Sehr nett gesagt, Herr Bachmann! Aber — so fragen wir auch heute wieder — warum predigen und fordern Sie Selbstbeschäftigung nur bei den Arbeitern? — Das Wortchen „alle“, das Sie geschickt dazwischen stecken lassen, ändert nichts daran, daß der Sinn ihrer Ausführungen nur der sein kann: Die Arbeiter sollen sich noch mehr einschränken, als bisher. Alle anderen Schichten des Volkes bleiben ungeschoren! So aber haben wir nicht gewettet, Herr Bachmann!

Sobald uns der Nachweis erbracht wird, daß alle produktiv Schaffenden — auch die Unternehmer — sich mit dem beschließen, was die Arbeiter heute haben, die freiwilligen „Nichtstuer“ in der Wirtschaft auf die knappe Ration der Bedarfsgüter gesetzt sind, damit sie arbeiten lernen, dann lassen wir über einen Lohnabbau mit uns reden. Eher nicht: denn solange wäre er ungerecht! Unrecht können wir nun einmal nicht leiden.

Die Ausführungen des Herrn B. sind aber auch, von vernünftigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachtet, großer Quark. Es muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß wir auch in der Vorkriegszeit 80 Prozent unserer Produktion im eigenen Lande verbraucht haben. Darauf muß sich auch unsere heutige Wirtschaft einstellen. Nun sind aber 70 Prozent der Konsumenten Lohn- und Gehaltsempfänger. Nur ein Kind kann glauben, daß unsere Wirtschaft florieren kann, wenn man das Einkommen der großen Masse so beschneidet, daß sie nur das nackte Leben notdürftig fristen. Jede Schwächung der Kaufkraft der breiten Masse des Volkes kann nur eine Schwächung der Wirtschaft nach sich ziehen. Das ist ja gerade der arde — wohl der größte — Fehler unserer Wirtschaft gewesen, daß sie in der Inflation und auch noch nach der Stabilisierung der Währung die Lohn- und Gehaltsempfänger mit lächerlich geringen Bezügen abgepeist hat und dadurch den Verbrauch an Gütern systematisch einengte!

Grundsätzlich wollen wir zu der Frage noch einmal folgendes hervorheben: Ziel einer volkswirtschaftlich vernünftigen Produktion sollte die planmäßige Bedarfsdeckung sein, die ihre Ergänzung finden müßte durch eine gesunde Bedarfsverteilung nach der Notwendigkeit

des Notwendigen und Nützlichen. Der Gefahrenpunkt, der in diesem Falle nur dann eintreten könnte, wenn über den durch den kulturellen Standart eines Volkes bedingten Bedarf produziert würde, wäre durch rationelle Produktionsbeeidung sehr leicht zu verhindern. Voraussetzung ist dabei natürlich, daß die geschaffenen Werte allen Volksgenossen in der ihnen billigerweise zustehenden Menge zugeleitet werden. Diese Zuleitung geschieht in unserer heutigen Wirtschaftsform durch die Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Entlohnung und Warenpreis, d. h., der Lohn muß so hoch und die Preise so niedrig sein, daß eine richtige und gleichmäßige Güterverteilung gewährleistet ist. Weil nun aber die Planmäßigkeit fehlt, und insbesondere die Preise nach dem übermäßigen Bedarf einiger weniger festgelegt werden, müßte es zur gegenwärtigen Krise kommen, die die Kaufkraft niederdrückte und die Produktion zum Erliegen brachte. Es trat ein Mikroverhältnis ein zwischen Kaufkraft und Produktion, nicht, weil zu viel produziert wurde, sondern weil das Gleichgewicht zwischen den gezahlten Löhnen und den geforderten Preisen ins Rutschen kam, und so trotz schreiendem Bedarfes Millionen fleißiger Hände zum Müßiggang verurteilt wurden, weil man das zur Lebenshaltung Notwendige einfach nicht bezahlen konnte.

Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Forderung nach Lohnabbau eine verhängnisvolle Irrlehre ist. Denn nicht nur durch die Arbeitslosigkeit, sondern auch durch Lohnabbau sinkt die Kaufkraft immer tiefer. Im Augenblick ist das erste und notwendigste Erfordernis zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes, oder, um es anders auszudrücken, zur Aufhebung des Wirtschaftszustandes die Vornahme einer fühlbaren Preissenkung, wobei der Umstand, daß möglicherweise die Wareneinhaber Verluste erleiden könnten, auch für sie selbst als das kleinere Übel anzusehen ist. Eines ist allerdings richtig, eine über das Maß der tragbaren und notwendigen Gewinnaufschlag ausgehende Preisermäßigung ist auf die Dauer nur aufrechtzuerhalten, wenn auch die Produktionskosten entsprechend gesenkt werden. Das aber kann hinwiederum nicht durch Lohnherabsetzung geschehen, weil die erneute Kaufkraftschwächung die gewollte Wirkung, nämlich die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, verhindert, sondern nur durch weitgehendste Rationalisierung, Typisierung und Normierung des Produktionsprozesses und Vereinfachung des Verteilungsvorganges. Nur so ist auf die Dauer eine grundlegende Besserung möglich. Alle anderen Wege sind im günstigsten Falle Palliativmittel. Ein Lohnabbau würde das Übel nur noch verzögern.

So sehen wir, daß unsere Auffassung in der Frage der der Arbeitgeber diametral entgegensteht. Doch stehen wir mit unserer Auffassung nicht allein. Namhafte Volkswirtschaftler teilen unsere Ansicht. Sie ist auch so logisch, daß niemand, der tiefer über die Dinge nachdenkt und sich nicht von egoistischen Motiven irreführen läßt, unbedingt zu den dargelegten Folgerungen kommen muß. Die deutschen Unternehmer sollten endlich einmal aus ihrem engen Gesichtskreis heraustreten und Wirtschaftspolitik auf lange Sicht machen. Die Wirtschaft wird anderenfalls noch weiter abfallen. Die Walze von Lohnabbau läuft schon viel zu lange. Unsere Handwerksmeister sind leider schon von derselben so hart eingefangen worden, daß sie den Sinn für die Wirtschaftlichkeit verloren. Wäre es anders, so hätten sie längst erkannt, daß sie mit dem ewigen Geheiß nach Lohnabbau nur sich selber schädigen.

Die alte Geschichte.

Als wir in Nummer 4 unserer Zeitung zu den Forderungen des Adas in bezug auf den geplanten Lohnabbau Stellung nahmen, sprachen wir die Vermutung aus, daß die Leitung des Adas wohl alle Wünsche seiner Ortsgruppen aneinanderreihete und diese dann als „Programm“ für den Lohnabbau in die Welt setzte. Sofern in dem Sinne, daß ein logischer

Aufbau vorhanden, ein vernünftiges, reales Ziel erkennbar war, lag bestimmt nicht in den Forderungen. Es ist uns heute noch ein Rätsel, wie der Abw manche Forderungen aufstellen konnte, da eine sachliche Begründung für dieselben gar nicht gegeben werden konnte. Die Verhandlungen werden nun die Arbeitgeber, die daran teilnahmen, doch wohl belehrt haben, daß so die Dinge nicht gemacht werden können. So macht man keine Tarifpolitik. Uns haben Arbeitgeber erklärt, daß sie, auch wenn man sie schwer bezahlen würde, nie mehr unter solchen Umständen an Verhandlungen teilnehmen würden. Demnach scheinen sie die Nase voll zu haben von der Taktik ihres Führer.

Doch noch etwas anderes fällt uns nach dieser Tarifbewegung wieder auf. Es ist natürlich, daß die Gehilfen in den Orten, wo ein Lohnabbau durch den Schiedspruch der Unparteilichen herbeigeführt wurde, dies nicht ohne Murren hinnehmen und ihren Unwillen darüber auch dem Arbeitgeber nicht vorenthalten. Und da erleben wir wieder eine alte Geschichte, die uns in den letzten Jahren in hundert und mehr Variationen begegnete. Reiner von den heillosen Arbeitgebern will es gemeldet sein, der einen Lohnabbau beantragt hat. Im Gegenteil. Alle hätten gerne den bisherigen Lohn weiter gezahlt. Sie sehen ein, daß der Lohn zu gering ist und wenn sie das ausführen, fügen sie oftmals hinzu, daß sie nun schwerlich mehr die guten Arbeitskräfte bekommen würden, wie bisher. Und dann kommt das große „aber“. Die Hauptvorstände haben dies nun einmal vereinbart und darum können sie nicht anders. Sie dürfen nicht aus der Reihe tanzen. So oder so ähnlich klingt es immer wieder.

So geht es auch in den Orten, wo die Gehilfen glauben, in eine höhere Städtegruppe einrangiert werden zu müssen. Sprechen die Gehilfen mit den Arbeitgebern darüber, so geben die Arbeitgeber ihnen in vielen Fällen Recht. Vielleicht tun sie noch so, als ob sie bedauerten, daß die Besetzung des Ortes nicht schon längst erfolgt sei. Und dann wird den Gehilfen der gute Rat erteilt, sich an die Hauptvorstände zu wenden, damit diese die Sache ordnen. Sind aber die Arbeitgeber unter sich, so werden andere Seiten aufgezo-gen. Dann klingt es anders. Wir haben mehr als einmal erlebt, daß, wenn wir im guten Glauben, es bedürfte nur eines Anstoßes, um einen Ort höher zu bekommen, einen diesbezüglichen Antrag stellten, nachher bei den Verhandlungen erfuhren, daß gerade aus diesem Ort ungemein scharfe, im ablehnenden Sinne gehaltene Briefe beim Hauptvorstand des Abw vorlagen. Und dies trotz des schönen Getuses der Arbeitgeber am Orte gegenüber ihren Gehilfen.

Sonderbare Dinge erlebt man auch vielfach bei der Frage der Eingruppierung der Firmen an den Orten in die einzelnen Ortsklassen. Unlängst wurde von dem Ortsvorsitzenden des Abw in einer Großstadt des Westens unserer dortigen Ortsverwaltung die Mitteilung gemacht, daß drei Firmen der ersten Klasse diese Klasse absolut nicht mehr zahlen könnten und deshalb von jetzt ab nach der zweiten Klasse entlohnen müßten. Als unser Vorsitzender erwiderte, daß so die Dinge nicht gehen können, sondern in solchen Fällen eine Aussprache mit dem Vorstand des Abw unter Hinzuziehung der in Frage kommenden Firmeninhaber stattfinden, und im Falle der Nichtreinigung das Ortschiedsgericht entscheiden müsse, lud der Vorsitzende des Abw zu einer Verhandlung ein. Bei der Verhandlung stellte sich nun heraus, daß eine der drei Firmen überhaupt nicht vertreten war und damit schon bekundete, daß sie kein Interesse an der Besetzung hatte. Es wurde dies auch später bei der Rücksprache unseres Vorsitzenden mit dem Geschäftsinhaber bestätigt. Ein zweiter Arbeitgeber, der bei der Verhandlung vertreten war, erklärte, daß er in der ersten Klasse bleiben wolle und ließ sich auch nicht durch alle Verhandlungskünste anderer Arbeitgeber von seinem Standpunkt abbringen. So blieb dann schließlich nur noch ein Arbeitgeber für den Antrag übrig. Er

stand allein auf weiter Flur. Hoffentlich wird auch er bald den Rückzug antreten.

Warum unterrichten wir unsere Mitglieder über solche Vorgänge? — Sie sind sehr lehrreich. Sie beweisen, daß in der Brust so mancher Arbeitgeber zwei Seelen wohnen. Die eine trieft über von Wohlwollen gegenüber den Arbeitern (solange es nichts kostet), und die andere — nun ja, sie folgt dem Zug der Zeit, ist reaktionär, sieht im eigenen „Ich“, im Mehrverdienen ihren Gott. Solche Menschen haben eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit. Sie bringen es fertig, zu heucheln, ohne dabei zu erröten. Uns gefallen diese Leute nicht. Wir haben es lieber mit geraden und aufrichtigen Arbeitgebern zu tun. Hoffentlich werden unsere Mitglieder in der Folgezeit nicht alles als bäre Münze nehmen, was ihnen vorgegaukelt wird.

Und noch eins erkennen wir, insbesondere aus dem zuletzt geschilderten Falle. Es wird in Arbeitgeberkreisen heute viel zu viel lamentiert über schlechte Zeiten, Unmöglichkeit der Zahlung onständiger Löhne und wie die Klagen alle heißen mögen, als notwendig ist. Gewöhnen wir uns an, dahinter stets ein großes Fragezeichen zu machen. Es ist notwendig, damit wir nicht hinters Licht geführt werden.

Nicht Wetterfahne —

Leuchtturm sei!

Die meisten Menschen gleichen den Wetterfahnen, heute sind sie so und morgen so, je nachdem die Laune und Stimmung ist, und je nachdem, was die öffentliche Meinung, die Laune der Masse, die Mode sagt. Sie haben nie eine eigne, auf eigenem Überlegen und Vernunft ruhende feste Ansicht und Lebensanschauung, keine zuverlässige Tugend, sondern was ihre Zeitung bringt, was die Leute sagen, was draußen in der Welt gilt, was nach ihren Trieben und Neigungen ist, das ist für sie maßgebend, mag es auch Unrecht, Irrtum und Torheit sein. Sie lassen sich von der Menge leiten, um es ja nicht mit der Menge zu verderben. Haltlose, unzuverlässige, launische Leute — wer mag sie zu Freunden haben! Aber das ist der Durchschnittsmensch in seinem inneren Wesen, wenn er sich nach außen hin auch noch so ehrenwert, verständig und gefühvoll gibt.

Aber nicht Wetterfahne, sondern Leuchtturm, sei! Wenn die andern wie Schiffsrohr im Wind hin und her schwanken, wenn sie steuerlos auf ihrem Lebensschiff hiehin und dort hin irren, so biete du ihnen mit deinem festen Glauben und deinem unwandelbaren Lebenschristentum einen sicheren Halt und eine Leuchte, daß sie sehen, was fest bestehen bleibt, was wahr und gut ist, und sie sich immer wieder zurechtfinden. Der Mensch braucht den Menschen — nicht etwa, um mit ihm zu essen und zu trinken, mit ihm alle Vorarbeiten der Welt nachzumachen, über andere und über ihn selbst zu reden, sondern von ihm Gutes zu lernen, sich an ihm anzurichten und sich selbst wiederzufinden. Einander helfen und fördern in allen materiellen, sozialen, Leibes- und Seelenmühen, das ist der Menschen hohe, christlich-soziale Bestimmung, in deren Erfüllung sie miteinander im wahren Menschentum wachsen und glücklich werden.

Ortsgruppenberichte.

Berlin. Im Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab, die gut besucht war. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Kollege Sandmeier, der feststellte, daß wir trotz der vielen Neuaufnahmen mit unserem Mitgliederbestand nicht wesentlich vorwärts gekommen seien, da die Zahl der Ausgetretenen sich mit den Neuaufnahmen fast ausgleicht. Entsprechend der Beschäftigungsmöglichkeit sei der Verkauf der Vertragsmarken am Schluß des Jahres geringer gewesen, als in den ersten Quartalen. Doch könne man mit dem Ergebnis noch zufrieden sein. Die Lokalkasse hat einen Bestand von 1029 M.

Neben den regelmäßigen Monatsversammlungen, in denen jeweils belehrende Vorträge gehalten wurden, fanden nach Bedarf Branch- und Betriebsversammlungen statt. Der Rechtsschutz wurde allein in den letzten vier Monaten den Mitgliedern an Lohn der Betrag von 1004,40 M. geschickt. Bei den Lohnbewegungen wurde eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 19,3 Prozent erreicht. Wenn bisher gesagt wird, die Organisation leistet nichts, so läßt sich zahlenmäßig das Gegenteil beweisen. Im Verhältnis der Stärke der Organisation können wir sagen, daß das Erreichte hinter den Erwartungen durchaus nicht zurückbleibt.

Kollege Sandmeier dankte allen Mitarbeitern und sprach die Hoffnung aus, daß auch in diesem Jahre sich genügend Personen finden möchten, um die Arbeiten der Organisation entsprechend ausführen zu können.

Nach Erledigung der Vorstandswahl teilte Kollege Sandmeier noch mit, daß der Unterrichtskursus jeden Dienstagabend im Büro stattfindet. Die Teilnehmerzahl, hauptsächlich jugendliche bei betriebliegend, doch sei für neue Teilnehmer auch noch Platz vorhanden. Die Dankesworten für die bisherige Mitarbeit sowie mit dem Wunsch, daß das Verhältnis zwischen Mitglieder und Vorstand auch im kommenden Jahre nicht getrübt werde, schloß der Vorsitzende, Kollege Sakmann, die Versammlung.

Berliner Damenkonfektion. Der Jahresbericht für Damen- und Kinderkonfektion beschloß am 22. Dez. 1925, das Mindestentgelt für die in der Branche in Heimarbeit beschäftigten Arbeitnehmer auf 50 Pf. pro Stunde festzusetzen. Der Reichsarbeitsminister hat diesen Beschluß unter dem 2. Februar 1926 mit Wirkung vom 1. März 1926 bestätigt. Der neue Mindestlohn hat damit Rechtskraft erlangt.

Frankfurt a. M. Unsere Ortsgruppe hielt am 1. März ihre Generalversammlung ab, die gut besucht war. Auch Kolleginnen der Schwammheimer Ortsgruppe waren erschienen. Kollege Schmid, der seit April in Berlin lebt, erstattete den Jahresbericht und Kassenbericht den Kolleginnen. Aus beiden Berichten war zu ersehen, daß im vergangenen Jahre viel Kleinarbeit geleistet wurde. In der ersten Hälfte des Jahres stand unsere Gruppe im Zeichen einer gewissen Aufwärtsentwicklung. Die Forderung, bei der diesjährigen Generalversammlung, einen weit größeren Erfolg durch zu können, wurde uns zu nichte gemacht, als sich auch hier die Folgen der Wirtschaftskrise bemerkbar machten. Frankfurt war schon immer ein Durchgangsort und insbesondere ist auch ein handiger Bezirk, unter den wohnlichen Mitgliedern zu verzeichnen, die immer Kollegen zu und abziehen. Die Jugenderleihen müssen meist erst wieder neu für eine Bewegung gewonnen werden, was oft nicht leicht ist. Durch die Arbeitslosigkeit sind viele Kollegen wieder ihre Heimat zurückgekehrt. Trotzdem ist unser Mitgliederbestand ausserordentlich geblieben. Die Geschäftsstelle wurde, nach die Lokale im vergangenen Jahre in fast allen Branchen durch zentrale Verhandlungen der Regierung entsprechend geregelt worden. Nur der Wäschebranche mußten im März und August mehrere Verhandlungen geführt werden, außerdem noch eine Verhandlung in Bensheim in der Wäschebranche.

Im August vorigen Jahres wurde gemeinsam mit dem Betriebsrat der Schwammheimerinnen in Schwammheim ein Vorort von Frankfurt, eine Jugendgruppe gegründet, der jetzt 29 jugendliche Wäschearbeiter angehören. Leider hindert uns die jetzige Arbeitslosigkeit am weiteren Ausbauen derselben. Es herrscht auch bei den jugendlichen Kolleginnen große Arbeit, doch ist viel Erziehungsbearbeit nötig, so in brauchbaren Menschen in der christlichen Gemeinschaften gang zu machen.

Nach der Entgegennahme der Berichte wurde der Vorstand, sowie den Vertrauensleuten aus der Versammlung für die geleistete Arbeit dankt und Kassenbericht und Kassenbericht erstattete. Kollege Schmid wurde einmütig zum 1. Vorsitzenden gewählt, zum 2. Vorsitzenden Kollege Groß, zum Schriftführer Kollege Bod. Kassenbericht erstattete Kollege Schmid, zum Kassenbericht Kollege Reiser und Kollege Manngom.

Die Abänderung der Statuten betrafte eine Ausprache. Die Einführung eines Lokalkassenberichts ab 1. April wurde einstimmig beschlossen.

Berichtete durch die amtierende Jugend, fand die Erledigung des geschäftlichen Teiles ein gemütliches Zusammenkommen statt, was zum letzten Jahres gehalten werden soll. Unser Wunsch ist, daß sich viele Gleichgesinnte sich in unseren Kreisen finden möchten, um sich im gemeinsamen Kampf zu betätigen und zu stärken, denn wir werden in Zukunft mehr tun für die Rechte der Arbeitnehmer zu kämpfen haben.